

Kapitel 4

Die Organisation der Muslimbrüder in Ägypten

Benjamin Dörfler

In Ägypten setzte sich in der ersten Hälfte des 20. Jhdts. eine Bewegung durch, die zwar ihre Wurzeln in der Salafiyya des 19. und frühen 20. Jhdts. hatte, sich von dieser jedoch in ihrer späteren Geschichte scharf distanzierte.

1928 gründete der ägyptische Grundschullehrer Hassan al-Banna (1906-1949) die Organisation der Muslimbrüder. Banna war bereits als Schüler sehr an religiösen Dingen interessiert und Mitglied in mehreren islamischen Organisationen, die sich mit islamischer Moral beschäftigten und diese auch öffentlich predigten. Zur selben Zeit kam er in Kontakt mit dem Sufismus¹, was sein späteres Denken stark prägen sollte. 1919 nahm er an mehreren, gegen die britische Kolonialmacht gerichteten Demonstrationen teil und verfasste eigens für diese Anlässe nationalistische Gedichte.

Nach der Schule studierte Banna am *Dar al-Ulum*, der ersten ägyptischen Universität nach europäischem Vorbild. Während seiner Studienzeit organisierte er Gruppen von gleichgesinnten *Azhar*- und *Dar al-Ulum*-Studenten, die aktiv in Moscheen und zu anderen öffentlichen Treffpunkten wie z.B. in Kaffeehäuser gingen, um dort ihre islamischen Moralvorstellungen und anti-kolonialen Ideen zu verbreiten.

Als Banna 1927 sein Studium erfolgreich abschloss, nahm er eine Stelle als staatlicher Grundschullehrer für arabische Sprache in *Ismailiyya* am Suez-Kanal an. Hier war die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit Ägyptens von Europa noch stärker zu spüren als in Kairo, denn in der Stadt befanden sich nicht nur mehrere britische Kasernen, die den Kanal bewachten, sondern auch die *Suez Canal Company*, die symbolisch für die europäische Einflussnahme im Land stand. Trotz des Umzuges hielt er regen Kontakt mit seinen Freunden und den islamischen Organisationen in Kairo.

¹ 1922 wurde er vollwertig in die *Hasafiyya*-Bruderschaft initiiert

Im März 1928 gründete Banna mit sechs weiteren Personen die *Muslimbruderschaft*, die in den folgenden vier Jahren zahlreiche Mitglieder anwerben und großen Einfluss in Ismailiyya und Umgebung gewinnen konnte. Durch Spenden und Mitgliedsbeiträge wurden Vereinshäuser, Moscheen und Schulen gebaut.

Dieser Erfolg erzeugte in vielen Kreisen Misstrauen, und so wurde Banna beschuldigt, er wäre ein Kommunist, und würde für seine Arbeit kommunistisches Geld verwenden. Andere meinten er wäre ein Wafdist², wieder andere behaupteten, er wäre ein Republikaner, der sich mit König Fu'ad anlegen wollte. Schließlich hielten ihn welche für einen Kriminellen, der sich staatlicher Gelder bemächtigte, um sie für illegale Machenschaften zu verwenden. Die Gerüchte hatten zur Folge, dass auf Geheiß des Premierministers vom Erziehungsministerium Nachforschungen angestellt wurden, die allerdings ergaben, dass keine dieser Unterstellungen zutraf. Trotzdem hatte diese Verleumdungsaktion den Nebeneffekt, dass man den Tätigkeiten Bannas von staatlicher Seite nun größere Aufmerksamkeit schenkte.

1932 wurde dem Antrag Bannas auf Versetzung nach Kairo stattgegeben. Nun gründete er auch dort gemeinsam mit seinem Bruder einen Zweig der Muslimbrüder, der sich bald großem Zulauf erfreute.

Die Hauptbetätigungsfelder des neuen Vereins waren das Erziehungswesen und verschiedene Wohltätigkeitsaktivitäten, beides um die Gesellschaft im Sinne des Islams zu bessern und zu erneuern. Sie betonten die Gültigkeit der Scharia, doch lehnten sie die strenge Befolgung einer einzelnen Rechtsschule ab, und forderten zeitgemäßere Interpretationen der schriftlichen Quellen. Diese durchaus fortschrittliche Gesinnung brachte ihnen bald den Zorn vieler, vor allem der konservativeren Ulama ein. Die Sinnkrise, in der die Islamische Welt durch die europäische Dominanz und die Abschaffung des Khalifats durch Attatürk steckte, konnten die Muslimbrüder in Ägypten für viele Gläubige lindern, indem sie versuchten, die politische Verantwortung für den Islam zu übernehmen, jene Verantwortung, die früher der Khalif getragen hatte.

² Die *Wafd* wurde als nationalistische Partei von Saad Zaghlul nach dem ersten Weltkrieg in Ägypten gegründet.

1939 wurde anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Organisation bei der 5. Generalkonferenz der Muslimbrüder in Kairo eine grundsätzliche Definition des Islam festgelegt. Die Gruppe forderte:³

- (1) *Islam as a total system, complete unto itself, and the final arbiter of life in all its categories*
- (2) *an Islam formulated from and based on its two primary sources, the revelation in the Qur'an and the wisdom of the Prophet in the Sunna*
- (3) *an Islam applicable to all times and all places*

Damit wollte sie einerseits zum Ausdruck bringen, dass der Islam ein allumfassendes System sei, das keiner europäischen Ideologien und Werte bedürfe, andererseits versuchte sie der europäischen Moderne eine islamische Moderne entgegenzusetzen.

Die Organisation der Muslimbrüder, die Mitte der 1940er Jahre auf geschätzte 500.000 Mitglieder und noch einmal so viele Sympathisanten, vor allem in der jung urbanisierten und alphabetisierten Mittelschicht und in der bäuerlichen Bevölkerung zählen konnte, war streng hierarchisch aufgebaut: An der Spitze stand Banna, der als *al-murschid al-*amm*, als "allgemeiner Führer" bezeichnet wurde, ein Titel der aus der Tradition der Sufi-Bruderschaften entlehnt worden war. Die Mitglieder waren ihm durch ein Gefolgschaftsgelöbnis absoluten Gehorsam schuldig. Daneben gab es noch eine Gliederung in einzelne Komitees, (z.B. für Bauern, Studenten, Arbeiter, Frauen, Presse, PR, Mission, Übersetzung usw.) und darüber hinaus noch Pfadfindergruppen und den gefürchteten, paramilitärischen "Geheimen Apparat", der unter anderem terroristische Anschläge verübte⁴.

Die Muslimbrüder als politisch-religiöse Massenorganisation bildeten in Ägypten einen Staat im Staate, der mit Hilfe seiner Unterorganisationen fast jeden sozialen Aspekt des menschlichen Lebens abdecken konnte. Das war auch einer der Hauptgründe für den starken Zulauf, den die Organisation verbuchen konnte; sie lieferte ihren Mitgliedern und

³ Zitiert bei: MITCHELL, Richard P.: *The Society of the Muslim Brothers*. (New York 1993), 14

⁴ vgl.: KEPPEL, Gilles: *Das Schwarzbuch des Dschihad*. (München 2002).

Sympathisanten nämlich Sozialleistungen, die der Staat seinen Bürgern zu dieser Zeit nicht bieten konnte.

Dem politischen Hauptgegner, der nationalistischen *Wafd*-Partei, deren Ziel es war, eine an europäischen Staaten orientierte, demokratische Verfassung einzuführen, hielten sie ihre Losung "*al-qur'an dusturna*" ("der Koran ist unsere Verfassung") entgegen.

Zu König Faruk unterhielten die Muslimbrüder durchaus gute Beziehungen; er sah sie als politisches Gegengewicht zu den säkularen Nationalisten im Land.

Während des Zweiten Weltkrieges wurde die Organisation zunehmend politischer. 1939 legten die Muslimbrüder in einem Brief an den Premierminister ihre Anti-Kriegshaltung dar und forderten, die Unterstützungen, die Ägypten Großbritannien leisten wolle, so gering wie möglich zu halten.

Banna kam während des Krieges erstmals in Kontakt mit einer Gruppe antibritisch-eingestellter Offiziere, aus der später die „Freien Offiziere“ hervorgehen sollten und die 1952 die Macht in Ägypten übernahmen.

Mit der Hilfe einiger Offiziere, die für die Muslimbrüder warben, konnte die Organisation in der ägyptischen Armee Fuß fassen. Dies bot Banna die Möglichkeit an größere Mengen von Waffen zu kommen, die ihm verbündete Offiziere aus Armeebeständen besorgten.

Die anti-britische Haltung der Muslimbrüder brachte diese nicht nur in Konflikt mit den britischen Besatzern, sondern auch mit der pro-britischen Regierung. Unter diesem Aspekt baute Banna den „Geheimen Apparat“ weiter aus, nicht nur um gezielte Aktionen auszuführen, sondern auch um die eigenen Mitglieder vor Übergriffen des staatlichen Sicherheitsapparats zu schützen.

Durch den Krieg hatte sich die soziale Situation in Ägypten weiter verschlechtert. Vor allem die verarmte Landbevölkerung die massenhaft in die Städte strömte bereitete dem Staat erhebliche infrastrukturelle Schwierigkeiten. Das bot den Muslimbrüdern, die nun ihre sozialen Einrichtungen und Schulen weiter ausbauten die Möglichkeit, sich in der Bevölkerung besser zu verankern.

Ab 1947 rückte die Palästinafrage immer mehr in den Vordergrund. Die Organisation begann erfolgreich Freiwillige zu rekrutieren, die sich an den Kämpfen dort beteiligten.

Gegen Ende der 1940er Jahre häuften sich in Ägypten Anschläge gegen britische und jüdische Einrichtungen. Auch ägyptische Gegner wurden vom Geheimen Apparat „beseitigt“, was in der Folge vermehrt zu Zusammenstößen zwischen den Muslimbrüdern und dem staatlichen Sicherheitsapparat führte. Nachdem dieser auch noch mehrere Waffenlager und Ausbildungscamps der Organisation entdeckt hatte, wurden die Muslimbrüder am 8. Dezember 1948 verboten und fast die gesamte Führung – mit Ausnahme von Banna selbst - verhaftet.

Wenige Tage später erschoss ein junger Muslimbruder den ägyptischen Ministerpräsidenten.

Obwohl dessen Nachfolger noch härter gegen die Muslimbrüder durchgriff, versuchte Banna sich politisch mit der Regierung neu zu arrangieren. Diese lehnte jedoch jegliche Zusammenarbeit ab, und Banna wurde wenig später von einem Angehörigen der politischen Polizei auf offener Straße erschossen

Zu dieser Zeit hatten sich im Sinne der pan-islamischen Idee bereits mehrere Zweige der Muslimbrüder außerhalb Ägyptens gegründet. Neben Jordanien, Irak und Libanon war vor allem der syrische Ableger von größerer politischer Bedeutung.

Salih Aschmawi, der frühere Stellvertreter Bannas führte die Organisation in Ägypten trotz Verbots weiter, und stand in engem Kontakt mit den "freien Offizieren", denen 1952 der Staatsstreich gelang.

Obwohl der neue Präsident Nasser alle politischen Gruppen und Parteien verbot, wurden die Muslimbrüder als Organisation legalisiert. Der Grund dafür war deren maßgeblicher Beitrag zum Zustandekommen der Revolution. Es gab jedoch bald große Differenzen zwischen Nasser und dem neu gewählten Führer der Muslimbrüder Hasan al-Hudaibi, da der neue ägyptische Präsident die Organisation nur geringfügig an der Macht beteiligen wollte. Als die neue Regierung verschiedene Aktivitäten der Gruppe behinderte, kam es zu Demonstrationen und blutigen Zusammenstößen. 1954 stellte man die Muslimbrüder unter das allgemeine Parteienverbot, was zahlreiche blutige Demonstrationen und später einen versuchten Mordanschlag auf Nasser, den man den Muslimbrüdern zuschrieb, nach sich zog.

Dies führte zu zahlreichen Hinrichtungen und zu einer förmlichen Hexenjagd auf Führungsmitglieder der Organisation. Viele von ihnen

wurden in die gefürchteten nasserschen Gefängnisse und Lager gesteckt, einige konnten ins Ausland fliehen, wo sie die lokalen Niederlassungen der Muslimbrüder unterstützten.

Ägypten erlebte, wie viele andere Staaten in der Region, ab den 1950er Jahren einen starken Bevölkerungszuwachs, verbunden mit einer zunehmenden Urbanisierung. Die Regierung Nasser baute das Erziehungssystem so aus, dass nun auch Kinder aus den sozial und wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsschichten Zugang zu Bildung bekamen.

Diese, und andere Sozialleistungen und Aufstiegsmöglichkeiten, die Nasser breiten Teilen der Bevölkerung bot, waren ein Grund, warum er sich nach der Revolution erfolgreich gegen die Opposition - vor allem gegen die Muslimbrüder - durchsetzen konnte, die er nach 1954 schweren Repressionen aussetzte.

Trotz ständiger Überwachung durch den Staat konnte sich die Organisation im Untergrund wieder formieren. Auch mehrere Massenverhaftungen und Hinrichtungen während der Regierungszeit Nassers konnten keine vollständige Zerschlagung der Organisation bewirken.

Ideologisch orientierten sich die Muslimbrüder zunehmend an den Schriften ihres inhaftierten Mitglieds Sayyid Qutb, die regelmäßig aus dem Gefängnis geschmuggelt wurden.⁵

Sadat, der 1971 das Präsidentenamt übernahm, lockerte nicht nur die repressive Politik seines Vorgängers gegen die Muslimbrüder, sondern gewährte ihnen auch relativ große Freiheiten. Der Hintergedanke dabei war die Schwächung der aufbegehrenden Kommunisten im Lande, die man durch die Stärkung ihrer politischen und ideologischen Gegner, also der islamistischen Gruppen, erreichen wollte. Die Muslimbrüder, die den Ruf einer eher gemäßigten Islamistengruppe genossen, erschienen Sadat als geeignete politische Partner. Was allerdings übersehen wurde war, dass sich die Führungsschicht der Muslimbrüder - aufgrund ihrer Erfahrungen in den nasserschen Gefängnissen - gegenüber der Zeit vor 1952 ideologisch radikalisiert hatte.

⁵ Siehe Kapitel 5 von Benjamin DÖRFLER in diesem Band zu Sayyid Qutb.

Viele Brüder, die ins Exil gegangen waren kehrten in den 1970er Jahren, aus Saudi-Arabien oder vom Golf zurück. Mit dem dort verdienten Geld bauten sie nun in Ägypten neue Existenzen auf, und wurden dadurch wieder mehr zu einem politischen, aber auch ökonomischen Faktor im Lande.

Zu dieser Zeit war die Popularität der ägyptischen Regierung allgemein im Sinken begriffen, was den islamischen und islamistischen Organisationen verstärkt Zulauf bescherte.

Aufgrund des stark zunehmenden Bevölkerungswachstums seit den 1950er Jahren, und den neuen Ausbildungsmöglichkeiten nahm die Zahl der Jungakademiker - von denen nur einem kleinen Teil eine gute Anstellung geboten werden konnte - zu. Der Großteil der Absolventen wurde enttäuscht, da er weder eine adäquate Arbeit zu finden, noch das erhoffte soziale Prestige des „angesehenen Akademikers“ zu gewinnen vermochte. Das nationalistische Establishment, das weiterhin auf seinen Privilegien beharrte, wurde von der arbeitslosen oder schlecht verdienenden und desillusionierten Jugend für ihre Situation verantwortlich gemacht.

Nun wurde auch die erste Generation, die nach der Unabhängigkeit geboren worden war und für die die Freien Offiziere nicht mehr die gleiche Legitimation wie bei ihren Eltern besaßen, erwachsen.

Daneben gelang es der Regierung immer weniger, die neu urbanisierte Landbevölkerung ausreichend zu integrieren.

Für diese sozial ausgegrenzten Gruppen wurde der vom Staat geduldete Islamismus immer mehr zur politischen Alternative, wobei die radikaleren "Bruchideologien" von Qutb und Mawdudi den Vorzug genossen - was allerdings weniger im Sinne der Regierung war.

Die Muslimbrüder, die traditionell eher auf politischen Konsens und Gradualismus setzten, sollten, wenn es nach Sadat ging, auch ein Gegengewicht zu den radikal-islamischen Gruppen bilden, die sich in keiner Form mit seiner Regierung arrangieren wollten.

Als Gegenleistung dafür gab sich Sadat ausgesprochen fromm und anerkannte bei der großen Verfassungsdebatte 1971 die Scharia als "eine Quelle der ägyptischen Gesetze". Im Mai 1980 wurde der *Artikel 2* der Verfassung abermals geändert, so dass die Scharia nun zur "Hauptquelle" der Gesetzgebung wurde.

Nach der politischen Annäherung Sadats an Israel in den späten 1970er Jahren kündigten die Muslimbrüder ihre Zusammenarbeit mit ihm auf

und hatten in Folge mit Verhaftungen und staatlichen Repressionen zu kämpfen.

Nachdem der Präsident 1981 bei einer Militärparade von Islamisten ermordet worden war, ging der Staat nicht nur verstärkt gegen die daran beteiligten, sondern gegen sämtliche islamistische Organisationen vor.

Sadats Nachfolger Mubarak ließ kurz nach seinem Amtsantritt viele der zwischen 1979 und 1981 verhafteten Muslimbrüder aus den Gefängnissen wieder frei und sicherte sich damit deren politische Unterstützung. Dies konnte geschehen, da sich die Muslimbrüder weitaus gemäßigter und kompromissbereiter zeigten als die ägyptische *Gamaa Islamiyya*, oder der *Tanzim al-Jihad*. Im Gegensatz zu letzteren Gruppen bezeichneten die Muslimbrüder die Regierung und den Staat als grundsätzlich "islamisch", und vergrößerten damit deren Legitimität innerhalb der gläubigeren Bevölkerungsgruppen. Allerdings warf man der Regierung gleichzeitig vor, sie handle nur ungenügend nach islamischen Grundsätzen.

Die Position gegenüber dem Staat hat sich bis heute nicht wesentlich verändert: Nicht ein abrupter politischer Umsturz soll herbeigeführt, sondern die Gesellschaft - und damit auch den Staat - sollen gradualistisch, also Schritt für Schritt, verändert werden. Grosse Anstrengungen unternehmen die Muslimbrüder beim Ausbau ihrer Präsenz im sozialen und kulturellen Bereich, aus dem sich der Staat vielfach zurückgezogen, und dadurch ein gewisses Vakuum erzeugt hat. Durch die Arbeit mehrerer "Satellitenorganisationen" wie Bildungsvereine, Wohltätigkeitsvereine, Krankenhäuser, Sportvereine und ähnliche, gelingt es ihnen, sich fest in der Bevölkerung zu verankern. In diesen Bereichen gewährt ihnen der Staat auch große Freiheiten - ganz im Gegensatz zum politischen Bereich.

Die Organisation ist in Ägypten bis heute offiziell verboten, jedoch inoffiziell geduldet. Jegliche Versuche der Muslimbrüder, ihre Vereinigung formal zu legalisieren, sind bis heute am Widerwillen der Regierung gescheitert.

Eine angestrebte Parteigründung, die von staatlicher Seite stets verhindert worden war, versuchte man zu umgehen, indem man Allianzen mit den zugelassenen, von der Regierung jedoch stark beschränkten Oppositionsparteien schloss. 1984 verbanden sich die

Muslimbrüder mit der wieder zugelassenen Wafd-Partei, und durften 12 der 58 errungenen Parlamentarier stellen. 1987 wurde dieses Bündnis aufgelöst, und ein neues mit den Liberalen (*al-ahrar*) und der Arbeiterpartei (*al-amal*) geknüpft, das als "Islamische Allianz" bekannt wurde und bei den Wahlen 60 Sitze errang (von denen 36 mit Muslimbrüdern besetzt wurden).⁶

Ein weiteres politisches Betätigungsfeld, in dem die Muslimbrüder große Erfolge verzeichneten, sind die Berufsverbände. So konnten 1987 bei den Wahlen des Ingenieursverbandes 54 von 61 Sitzen von Muslimbrüdern belegt werden, bei jenen des Medizinerverbandes 1988 waren es sogar 12 von 12 Sitzen. 1990 konnten sie alle Sitze des Professoren-Clubs der *Cairo University* und 10 von 12 Sitzen der Apotheker-Vereinigung gewinnen.

Ein Gremium, das eine große Rolle bei Fragen zur Integration der Scharia in das nationale ägyptische Recht spielt, ist die Anwaltskammer, bei deren Wahlen 1992 18 der 24 Sitze an Muslimbrüder gingen, und zu deren Vorsitzender Seif al-Islam al-Banna, der Sohn von Hassan al-Banna, gewählt wurde.⁷

Als im Oktober 1992 in Kairo ein Erdbeben großen Schaden anrichtete und an die 50.000 Menschen ihrer Wohnungen beraubte, gelang es den Muslimbrüdern mit Unterstützung ihrer Hilfsorganisationen und Berufsverbände schnelle und effektive Hilfe zu leisten. Man stellte den Obdachlosen mehrere tausend Zelte zur Verfügung, die - zufällig für eine Sendung nach Bosnien bestimmt - beim Hilfskomitee der Organisation bereitlagen, und auf denen " *al-islam huwwa al-hall*", "Der Islam ist die Lösung" zu lesen war. Im direkten Kontrast dazu standen die weit weniger effektiven und oft bürokratisch-unflexiblen Hilfsleistungen des ägyptischen Staates.⁸

Um der von der Bevölkerung ausgehenden Sympathie für die Muslimbrüder und deren indirekten politischen Einflussnahme entgegenzusteuern, schränkte die Regierung die Zusammenarbeit mit der Organisation ein:

⁶ vgl.: ICG "Islamism in North Africa II" (2004).

⁷ Ebd.

⁸ vgl.: KEPEL (2002).

Als erstes wurde 1990 ein neues Wahlgesetz verabschiedet, das die Oppositionsparteien erheblich benachteiligte. Der Großteil der Opposition boykottierte in Folge die Parlamentswahlen, die im selben Jahr stattfanden.⁹

Als zweiten Schritt änderte die Regierung das Berufsverbände-gesetz in zwei Phasen (1993 und 1995) und sicherte sich so das Recht, in die Wahlen direkt eingreifen zu können. Das ganze war verbunden mit Korruptionsbeschuldigungen und Verhaftungen von Muslimbrüdern, die in diesen Gremien tätig waren.

Die Muslimbrüder, die sich öffentlich stets als gewaltlose Bewegung präsentieren, hielten dem entgegen, dass eine Deliberalisierung der Politik und das Fehlen von politischen Partizipationsmöglichkeiten den Zulauf zu gewaltbereiten Islamistengruppen fördern würden. Für das Fehlen eines Demokratisierungsprozesses macht die Organisation „die westlichen Länder“ verantwortlich, da diese die regionalen Diktatoren unterstützen würden.

Im Zuge der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen 1992 und 1997 versuchten sich die Muslimbrüder als Vermittler zwischen der Regierung und den radikalen Gruppen zu betätigen - nicht zuletzt um damit im Westen Werbung für sich zu machen. Sie wollten den Eindruck erwecken, sie seien - im Gegensatz zur Regierung- die geeignetere Kraft, um die „Radikalen“ ruhig zu stellen und damit der bessere Garant für Sicherheit im Lande; die Regierung ihrerseits versuchte stets das Gegenteil davon zu beweisen.¹⁰

Nachdem es der Regierung Ende der 1990er Jahre gelang, die radikalen Jihad-Gruppen zu besiegen, und somit wieder relative Ruhe in Ägypten eingekehrt war, konnten die Muslimbrüder bei den großteils fairen und von der Justiz überwachten Wahlen im Jahr 2000 17 Mitglieder ins Parlament entsenden, die sich zuvor als unabhängige Kandidaten aufstellen ließen. Damit wurden sie zur größten oppositionellen Kraft im Parlament, und auch in den Berufsverbänden konnten sie ein wenig an Boden zurückgewinnen.

⁹ vgl.: ICG "Islamism in North Africa II" (2004)

¹⁰ vgl.: KEPEL (2002)

Trotz, oder gerade wegen der neuerlichen Erfolge ist die Organisation der Muslimbrüder nach wie vor offiziell verboten und lebt mit der ständigen Unsicherheit, nicht zu wissen, ob, wie und wann dieses Verbot exekutiert wird.

Die Muslimbrüder sind in Ägypten politisch und sozial in solchem Maße etabliert, dass sie die Regierung nicht legalisieren oder ihr eine Parteigründung erlauben könnte, ohne gleichzeitig Gefahr laufen zu müssen, dass sie damit das politische System destabilisiert. Andererseits kann die Regierung die Muslimbrüder nicht verbieten, und dieses Verbot auch konsequent exekutieren, denn sie würde dabei auf erheblichen Widerstand, nicht nur von Seiten der Organisation, sondern auch von deren vielfachen Unterstützern aus der Bevölkerung stoßen.

Trotz dieser Situation besteht zwischen den Muslimbrüdern und dem Staat eine Art symbiotische Beziehung: Der Staat erlaubt der Organisation ihre Macht - vor allem im sozialen Bereich - auszubauen, womit diese nicht nur mit Abstand zur größten islamistischen Vereinigung, sondern allgemein zur größten Oppositionsgruppe in Ägypten anwachsen konnte. Die regelmäßig stattfindenden Verhaftungen von Mitgliedern, die in Folge oft mehrere Monate festgehalten werden, stellen für die Organisation zwar einen gewissen Unsicherheitsfaktor dar, sind ihr jedoch dabei dienlich, sich als unbequeme und von der Regierung geschundene Oppositionskraft darzustellen. Letzteres wird von radikalen Islamisten, welche die Muslimbrüder als Verbündete des Staates betrachten, jedoch häufig in Frage gestellt.

Als "Gegenleistung" für die gewährten Freiheiten erhält die Regierung von den Muslimbrüdern die Bescheinigung, die sie als grundsätzlich "islamisch" klassifiziert, was impliziert, dass gegen sie kein Jihad zu führen sei.

Die reine Anwesenheit einer großen und in allen sozialen Bereichen präsenten Islamistenorganisation stellt zwar für die Regierung eine gewisse politische Gefahr dar, hilft ihr jedoch auch Angst bei der laizistischen Mittelschicht zu schüren, und diese, trotz ständigem Privilegienabbaus, stärker an sich zu binden.

Gleichzeitig dient die Organisation für viele unzufriedene, religiös orientiertere Bürger als eine Art Überdruckventil, wo sie ihren politischen Unmut artikulieren können, und dies in einer Weise, die

relativ geordnet verlaufen kann und für die Regierung eher ungefährlich ist. Die von letzterer hartnäckig und konsequent verwehrte politische Partizipation könnte jedoch viele ungeduldigere oder radikalere Muslimbrüder dazu bewegen, mit der Organisation zu brechen, um sich jihadistischen Zellen anzuschließen, die im In- oder Ausland operieren, und sich damit quasi der Kontrolle des Staates entziehen.

Der Grundsatz der Regierung, keine islamistisch orientierte, politische Partei zuzulassen, hinderte die Muslimbrüder bis jetzt an einer solchen Gründung.

Im Jahr 1996 wurde von 74 Ägyptern - unter denen sich 62 ehemalige Muslimbrüder befanden - der Versuch gestartet, eine Partei mit dem Namen "Wasat" zu gründen. Sie sollte eine "Partei der Mitte" sein, strebte demokratische Reformen an und verwendete in ihrem Parteiprogramm den Begriff "islamische Zivilisation" anstatt "islamische Religion", womit sie sich offiziell vom Programm der Muslimbrüder abgrenzte. Nachdem der Gründungsantrag zwei Jahre lang vom staatlichen *Political Parties Committee* bearbeitet wurde, lehnte dasselbe Gremium diesen ab, da man darin einen Versuch der Muslimbrüder sah, indirekt größeren politischen Einfluss zu nehmen. Tatsächlich traten die meisten der Ex-Brüder kurz darauf wieder in die Organisation ein.

Ein ähnliches Projekt, das gleich nach dem ersten Fehlschlag gestartet wurde, diesmal mit 93 Antragstellern, darunter jetzt nur 24 ehemalige Muslimbrüder, dafür aber 19 Frauen und sogar drei Christen, wurde ebenfalls ein Jahr später abgelehnt.

Diese Projekte wären vielleicht, obwohl sie einen eindeutigen Bezug zu den Muslimbrüdern hatten, eine Möglichkeit gewesen, den islamisch oder islamistisch orientierten Bürgertum eine gewisse politische Partizipation zu ermöglichen und sie gleichzeitig vom islamistischen Untergrund fernzuhalten. Eine Legalisierung der *Wasat*-Partei könnte bewirken, dass sie die liberaleren Muslimbrüder anziehen und somit die Organisation stärker in verschiedene Flügel teilen würde. Dies kann jedoch nur geschehen, wenn die Regierung das politische System liberalisiert, und den Oppositionsparteien mehr Handlungsspielraum gewährt. Eine von der Regierung zwar erlaubte, aber handlungsunfähig

gemachte *Wasat* würde nur wieder die Muslimbrüder stärken.¹¹ Andererseits könnte die Zulassung einer dezidiert islamischen Partei auch eine ähnliche Forderung von Seiten der koptischen Minderheit nach sich ziehen, die man dann nur schwer verweigern könnte. Das hätte wiederum zur Folge, dass sich die ohnehin schon zeitweise gespannten Verhältnisse zwischen den beiden Glaubensgruppen noch stärker verhärten würden.

Als „illegitime Einmischung“ in die Politik sah die Regierung auch den am 3. März 2004 von der Führung der Muslimbrüder präsentierten Vorschlag für politische Reformen. Gefordert wurden darin die Liberalisierung des Parteiengründungsrechtes, die Einhaltung von Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die Regelung und zeitliche Begrenzung der Nachfolge des Präsidenten. Des Weiteren solle sich das Militär aus der Politik heraushalten, und die Polizei habe die Aufgabe, die Bevölkerung zu schützen und nicht nur die Regierung (vor der Bevölkerung). Als Voraussetzung dafür müsse man die Notstandsgesetze aufheben.

Dafür werde "die Nation"¹² von den Muslimbrüdern als "die Quelle aller Macht" vollständig anerkannt.¹³

Die erste öffentliche Stellungnahme dazu kam vom ägyptischen Innenminister, der weniger auf den Inhalt der Forderungen einging, als auf die Tatsache, dass solche Forderungen überhaupt von einer offiziell verbotenen Organisation gestellt wurden, die sich als religiöse Vereinigung nicht in die Politik einzumischen habe. Von offizieller Seite warf man den Muslimbrüdern vor, diese Initiative nicht gestartet zu haben um innerhalb des Landes demokratische Reformen zu beschleunigen, sondern um sich den USA und der EU als möglichen politischen Partner zu präsentieren und die Regierung als reformunwillig darzustellen.¹⁴

¹¹ vgl.: SHAHINE, Gihan: The Brotherhood's latest Challenge. *Al-Ahram Weekly* / Issue 693, 03.-09. Juni 2004.

¹² ...und nicht wie man vielleicht erwarten würde, Gott...

¹³ vgl.: HASSAN, Ammar Ali: The Islamist Perspective. *Al-Ahram Weekly* / Issue 691, 20.-26. Mai 2004.

¹⁴ Durch die Anschläge auf das World-Trade-Center am 11. September 2001 und die daraus resultierende Änderung der US-amerikanischen und europäischen Außenpolitik im Mittleren Osten, wurden die Muslimbrüder, insbesondere von den USA, mit

Wenige Wochen später, am 16. Mai 2004, wurden in verschiedenen Teilen Ägyptens 54 Muslimbrüder¹⁵ verhaftet, die Webseite der Organisation aus dem Netz genommen und 20 Firmen, von denen man annimmt, dass sie der Organisation gehören, wurden geschlossen. Die Aktionen basierten auf einer Studie, die kurz zuvor von verschiedenen staatlichen Sicherheitsstellen erarbeitet wurde, und die davon ausging, dass die Muslimbrüder eine neue Vorgangsweise zur effektiveren Unterwanderung sämtlicher Gesellschaftsbereiche beschlossen hätten. Des Weiteren warf man der Organisation vor, sie schicke Mitglieder nach Tschetschenien, Palästina und in den Irak, damit sie dort mit militärischen Fähigkeiten vertraut werden, mit denen sie, wieder zurückgekehrt, den ägyptischen Staat besser bekämpfen könnten. Sämtliche Anschuldigungen wurden von hohen Vertretern der Muslimbrüder als haltlos und der Report als "fabriziert" bezeichnet. Ein weiterer Grund für die Verhaftungen könnten die wenige Wochen zuvor von den Muslimbrüdern organisierten Trauerfeiern für den ermordeten Hamas-Führer, Scheikh Yassin, sein, die tausende Menschen anzogen und von sehr regierungskritischen Reden begleitet waren.¹⁶ Die Regierung unterstellte den Muslimbrüdern, dass diese den Tod Yassins zum Anlass nahmen, ihre Basis in der Bevölkerung zu erweitern.

Es stellt sich nun die Frage, wie die ägyptische Regierung mit den Muslimbrüdern in Zukunft umgehen will. Die Organisation ist, wie schon erwähnt, im Moment einerseits zu mächtig, um sie zu legalisieren ohne Gefahr laufen zu müssen, die eigene Macht einzubüßen, und andererseits auch zu mächtig, um sie zu verbieten, da man mit immensem Widerstand aus der Bevölkerung rechnen müsste. Die Einschränkung der erlaubten Oppositionsparteien, und die Degradierung derselben zu Statisten des "demokratischen Anstriches",

radikaleren Gruppen auf eine Stufe gestellt, und die Gesprächsbasis mit westlichen Staaten und Parteien war damit erheblich gestört. (vgl.: RASHWAN, Diana: The Western Connection. *Al-Ahram Weekly* / Issue 711, 07-13. September 2004).

¹⁵ Ein paar Wochen später, am 9. Juni 2004, starb einer der Festgenommenen, der vierzigjährige Ingenieur Akram Zuheiri, im Gefängnis. Die offiziellen Angaben über die Todesursache divergierten stark von jenen der inhaftierten Kollegen. (vgl.: HALAWI, Jailan: Deadly negligence. *Al-Ahram Weekly* / Issue 695, 17.-23. Juni 2004).

¹⁶ EL-DIN, Gamal Essam: An even more active brotherhood?. *Al-Ahram Weekly* / Issue 684, 1.-7. April 2004..

den sich die Regierung nach innen und außen hin geben will, verhindert, dass sich diese in der Gesellschaft verankern können, um eine legale Plattform für unzufriedene Bürger zu bieten. Diese Tatsache, gepaart mit der Duldung der Muslimbrüder, verschaffte letzteren gleichsam ein Oppositions-Monopol in Ägypten, da sie zur Zeit die einzige oppositionelle Gruppe in Ägypten sind, die über einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung und über eine Menge potenzieller Wähler verfügt.

Wenn die NDP es schafft, sich selbst zu reformieren und zu verjüngen, um bei den Wählern wieder attraktiver zu werden, und sie gleichzeitig die bestehenden, legalen Oppositionsparteien stärkt, indem sie ihnen größere Freiheiten gewährt, und sie somit für unzufriedene Bürger wieder zu einer Alternative zu den Muslimbrüdern macht, könnte der Schritt gewagt werden, die Muslimbrüder, stellvertretend für die ägyptischen Islamisten, stärker in den öffentlichen politischen Diskurs miteinzubeziehen. Sie müssten sich dann mit den Argumenten ihrer politischen Gegner auseinandersetzen, was wohl zu mehr politischem Pragmatismus und einer Mäßigung ihrer Doktrin führen würde. Die gemäßigeren Islamisten hätten damit auch die Möglichkeit am politischen System zu partizipieren, und mehr oder weniger Einfluss darauf zu nehmen ohne sich einer Jihad-Gruppe anschließen zu müssen, die ihre (dann radikaleren) Forderungen mit Gewalt durchzusetzen versuchen würde.